

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Die unhaltbaren Zustände in der niedersächsischen Fleischwirtschaft in Bezug auf Entlohnung, Unterkunft, Arbeitsbedingungen und letztlich auch in Bezug auf die Produktsicherheit und den Verbraucherschutz sind in dieser Legislaturperiode schon mehrfach Thema in diesem Hause gewesen.

Die SPD Fraktion hat den Ursprungsantrag für die hier heute vorliegende Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung in der Nds. Fleischwirtschaft im April 2005 ins Plenum eingebracht.

Davor hatten wir ebenfalls schon in diesem Hause beschlossen, etwas zu tun gegen die haltlosen Zustände in dieser Branche und die damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrungen für noch rechtmäßig handelnde Betriebe – nur diese Landesregierung hat sich leider nicht an die Beschlussempfehlungen gehalten.

Meine Damen und Herren,

was ist den Fakt in dieser Szene? Mit welchen Zuständen müssen denn die legal arbeitenden Unternehmen, es sind leider nur noch vereinzelt Betriebe, kämpfen?

Unter welchen Umständen müssen denn die beschäftigten Männer und Frauen in den Betrieben arbeiten?

Ich glaube, das kann niemand besser sagen als die Staatsanwaltschaft Oldenburg. So ist die Anzahl der Verfahren mit Verdacht auf illegale Arbeitnehmerüberlassung, Beitragsvorenthaltung und Betrug zum Nachteil der Sozialversicherung sowie Lohnwucher 2006/2007 auf hohem Niveau stabil geblieben

Oder

*„Im Bezirk der Staatsanwaltschaft Oldenburg häufen sich Fälle, in denen wegen des Verdachts des Lohnwuchers ermittelt wird... „ und weiter „Es konnten nach Aussagen der Staatsanwaltschaft dabei Stundenlöhne von 1 bis 3 € festgestellt werden.“*

*„In mehreren Verfahren sind statt erlaubter 8 Stunden pro Tag durchgehende Arbeitszeiten von 13 bis 16 Stunden pro Tag zu verzeichnen gewesen.“*

Das ist Fakt und da hat sich seit 2004 nichts aber auch gar nichts verbessert.

*Die Staatsanwaltschaft verweist lediglich auf ein Verharren auf hohem Niveau und auf ihre letzte Stellungnahme.*

In dieser Stellungnahme, meine Damen und Herren, sind in aller Deutlichkeit die Missstände in dieser Branche aufgezeigt.

Insbesondere wird auf die Unterbesetzung der Staatsanwaltschaft und der Kontrollinstanzen verwiesen.

Meine Damen und Herren,

jeder weiß um die unhaltbaren Zustände, wir haben Vorschläge gemacht, wie wir diese Zustände zumindest besser kontrollierbar machen können. Dazu gehört:

- ein branchenspezifischer Mindestlohn
- eine Quote für Fremdbeschäftigte
- eine Unterbindung von Kettenverträgen
- die Einführung der elektronischen Zeiterfassung
- klare Abgrenzungsregelungen zwischen Werk- und Dienstleistung gegenüber der Arbeitnehmerüberlassung
- Einbindung der Branche in das Entsendegesetz
- Dazu ist erforderlich, dass wir klare Mindeststandards festlegen

Und was tun Sie?

Sie ändern den SPD-Antrag ab und feiern ihre angeblichen Erfolge. Nur können Sie hier gar keine Erfolge feiern. In dieser Branche sind diese Zustände in ihrer Regierungszeit manifestiert worden.

Und Ihr Antrag strotzt nur so von einem weiter so! Was denn weiter so? Diese Situation einfach weiter so hinnehmen? Bei der Intensivierung der Arbeit verweisen Sie ausschließlich auf andere Behörden. Auf den Bund und auf die EU.

Wissen Sie, dass ist meiner Meinung nach eine ganz billige Methode des sich um die Verantwortung Drückens.

Sie als Regierungsfractionen haben hier eine Verantwortung, sich das Thema ernsthaft anzunehmen.

Als Niedersächsische Landesregierung, die in der Bundesrepublik sicherlich im eigenen Bundesland die größte Branche dieser Art zu verzeichnen hat, ducken Sie sich weg.

Aber dieses Wegschieben von Verantwortung hat ja System bei Ihnen.

Bloß nicht Farbe bekennen und Verantwortung übernehmen, das wäre die Aufgabe eines Wirtschafts- und Arbeitsministers, aber Sie Herr Hirche sind ja noch nicht einmal über die einfachsten Sachverhalte in ihrem Hause informiert. Das ist ja auch ganz praktisch, dann muss man sich nicht damit herumschlagen.

Und was macht diese Regierungskoalition?

Sie verwässert unseren Antrag, feiert sich und das Handeln der Regierung mal wieder ab und lässt die Betroffenen Betriebe, die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Verbraucherinnen und Verbraucher mal wieder im Regen stehen.

Bei allen Diskussionen zu diesem Thema, haben die Regierungskoalitionen und die Landesregierung zwar grundsätzlich den Handlungsbedarf eingesehen, aber dennoch abgewiegelt und die Situationsbeschreibung der SPD Fraktion als überzogen und nur auf Einzelfälle bezogen dargestellt.

Hier geht es aber nicht um Einzelfälle. Hier geht es um eine Manifestierung des wirtschaftlichen Handelns in der Branche und ein Wegbrechen hunderter regulärer Arbeitsplätze durch unfairen Wettbewerb.

Sie machen stattdessen das Arbeitsrecht in Deutschland dafür verantwortlich. Es müsse flexibler werden!

Ja meine Damen und Herren von der Regierungsfraction: Wie flexibel muss denn das deutsche Arbeitsrecht noch werden, dass es nicht zu einem Missbrauch im Werkvertragsarbeitnehmerrecht der Unternehmen kommt?

Wo sind denn Ihre Untergrenzen der Arbeitnehmerausbeutung? Bei 16 Stunden Schwerstarbeit am Tag? Bei 1 bis 3 € Stundenlohn oder noch darunter?

Die Gesetzeslage ist eindeutig: Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer sind zu den Arbeitsbedingungen wie einheimische Arbeitnehmer mit vergleichbarer Tätigkeit zu beschäftigen. Insbesondere dürfen ihnen keine zusätzlichen Kosten für Logis, Verpflegung etc. in Rechnung gestellt werden.

Bei Überprüfungen des Zoll und der Staatsanwaltschaft spricht man nur von der Spitze des Eisberges von Straftaten in diesem Bereich. Der Zoll teilt sogar mit, dass bei nahezu allen Überprüfungen rechtswidrige Zustände festgestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit zum Handeln ist gekommen. Wir müssen diese unhaltbaren Zustände im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Interesse der seriös arbeitenden Betriebe bekämpfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.